

Grenzen des Kommerz

SONNTAGSÖFFNUNGSZEITEN

In der Debatte um die Sonntagsöffnungszeiten warb FDP-Mann Zastrow für mehr verkaufsoffene Sonntage und verwies unter anderem auf Pirna als Vorbild weiterer Liberalisierungen der Ladenöffnungszeiten. André Schollbach erwiderte: "München ist unser Vorbild. München hat keinen verkaufsoffenen Sonntag und ist eine prosperierende Stadt. Es wird ja immer wieder die Frage aufgeworfen, warum derart um diese Sonntagsöffnungszeiten gerungen wird. Weil dahinter eine viel tiefere Frage steht: In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben? Sollen die Menschen der Wirtschaft dienen oder die Wirtschaft den Menschen? Die Antwort auf diese Fragen muss immer wieder gegeben werden. Etwa wenn eine Spekulantin zum Schaden aller im Flutgebiet bauen will."



Etwa wenn darüber zu befinden ist, ob wir an jedem Ort dieser Stadt Supermärkte jeder Größe zulassen. Etwa wenn wir darüber entscheiden, ob wir das Wohnen dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen oder politisch für bezahlbares Wohnen eingreifen." >> Der Beschluss: ein verkaufsoffener Sonntag im Advent, ein Rechtsgutachten, das die Rechtmäßigkeit von einkaufsoffenen Sonntagen im Advent aus Anlass des Striezelmarktes grundsätzlich prüft, und die Ladenöffnung im Vorfeld der bundesweiten Einheitsfeiern in Altstadt und Neustadt.

RATSSPLITTER



Pia Barkow fragte in der Fragestunde des Stadtrates: "Herr Oberbürgermeister, werden Sie in diesem Jahr die Regenbogenflagge als Symbol der Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen vor dem Rathaus hissen?" Antwort Hilbert: "Wir halten uns an die Beflaggungsordnung des Freistaates Sachsen und dürfen nicht hissen." **Pia Barkow** mit der Nachfrage nach §3, Abs. 3 der Beflaggungsordnung, "wonach Beflaggungen aus örtlichen Anlässen in den Kreisfreien Städten durch den Oberbürgermeister [...] angeordnet werden können". Antwort Hilbert: "Wir bleiben dabei, keine Beflaggung vor dem Rathaus."



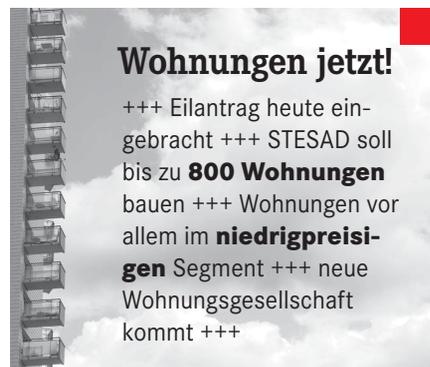
Krankenhäuser: Gesundheit geht vor Wirtschaft

Heute hat der Stadtrat die Prüfung der Fusion der Städtischen Krankenhäuser beschlossen - auf Antrag von SPD und LINKE. Für Jens Matthis sind die städtischen Krankenhäuser auf Erfolgskurs. Es war also eine richtige Entscheidung der Dresdnerinnen und Dresdner, diese als Eigenbetriebe zu erhalten. Die beschlossene Prüfung der Zusammenführung könnte den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Und doch: für DIE LINKE gelten nach Matthis' Worten vier Bedingungen für eine Fusion beider Krankenhäuser:

1. Das entscheidende Kriterium für alle weiteren Entscheidungen ist die bestmögliche medizinische Versorgung der Bevölkerung in Dresden und Umgebung, wirtschaftliche Erwägungen sind dem nachgeordnet.
2. Die Standorte der Krankenhäuser in Friedrichstadt, in Trachau, am Weißen Hirsch und in Löbtau bleiben erhalten, keiner davon darf durch die Fusion infrage gestellt werden.
3. Über diese sich aus der Fusion ergebenden Veränderungen wird eine Vereinbarung mit der Belegschaft beider Häuser, vertreten durch die Personalräte, geschlossen.
4. Das fusionierte Klinikum bleibt dauerhaft ein städtischer Eigenbetrieb.



Geschafft, Stadtrat beschließt eine Elternbeitragsatzung, wonach das dritte Kind beitragsfrei bleibt. **Tilo Kiebling** dazu: "Die Beitragsfreiheit des dritten Kindes in Dresden geht auf eine Initiative der LINKEN zurück. Bürgermeister Vorjohann wollte das ändern, den Eltern tief in die Tasche greifen. Das haben wir verhindert."



Wohnungen jetzt!

+++ Eilantrag heute eingebracht +++ STESAD soll bis zu **800 Wohnungen** bauen +++ Wohnungen vor allem im **niedrigpreisigen** Segment +++ neue Wohnungsgesellschaft kommt +++